

Freilauf für Hunde abgelehnt

Forderungskatalog ist für Burgbernheimer Rat nicht erfüllbar

BURGBERNHEIM - Zurückhaltend hat der Stadtrat auf das Ansinnen einer Bürgerin zur Errichtung einer umzäunten Hundefreilauffläche reagiert. Ein entsprechender Antrag, der mit einer Online-Petition unterfüttert ist, wurde bei der jüngsten Sitzung diskutiert.

Antragstellerin Alexandra Weger setzt sich für eine mindestens 1,5 Hektar große Freilauffläche ein. Diese soll von einem ausbruchsicheren Stahlzaun umgeben und mit Kameraüberwachung, Mülleimern, Hundekotbeuteln, Sitzgelegenheiten und optional Spielgeräte für die Hunde ausgestattet sein.

Zwei Konzepte sind für sie denkbar: eine für jedermann frei zugängliche Fläche oder eine abgeschlossene, die nur nach Registrierung - zum Beispiel bei der Stadt - und stundenweise genutzt werden kann. Auch die Errichtung einer Hütte und die Vermietung des Geländes „für Festivitäten, bei denen Hunde willkommen sind“, ist für sie denkbar.

Reduzierung von Gefahren

Weger favorisiert die zweite Variante, zur Buchung könnte ein Kalender in die Burgbernheim-App integriert werden. In ihrem Antrag nennt sie als Gründe für die Fläche unter anderem die Reduzierung der Gefährdung von Wild, Spaziergängern und Radfahrern durch freilaufende Hunde. Die Vierbeiner könnten in einem sicheren Umfeld trainiert, auch könnte Burgbernheim als Urlaubsziel für Touristen mit Vierbeinern attraktiver werden.

Weger bot an, sich als freiwillige Helferin für die Instand- und Sauberhaltung zur Verfügung zu stellen. Die Reaktionen im Rat waren gleichwohl verhalten. Bürgermeister Matthias Schwarz befürchtet, dass zu viel Arbeit beim städtischen Bauhof hängenbleibt. Es sei mehr Eigenengagement gefragt, denn dies sei „nicht Aufgabe der Stadt“, wie auch Astrid Paulus-Berberich es formulierte.

Ideal wäre ein Verein als Träger

Grundsätzlich vorstellbar wäre für die Ratsmitglieder das Projekt durchaus, allerdings müsste es von einem größeren Kreis mit festen Ansprechpartnern getragen werden. Idealerweise einem Verein, der Kauf oder Pacht der Fläche in die Hand nimmt, regte Martin Birngruber an.

Schwarz sagte, die Stadt wäre gern behilflich bei der Grundstückssuche. Eines sei aber klar: „Diesen Forderungskatalog kann die Stadt mit Sicherheit nicht erfüllen.“ Gemäß einstimmigem Beschluss wird Weger die Bewertung des Antrags mitgeteilt. Schwarz ergänzte: Es sei wichtig, dass sich die Interessenten „eine feste Organisationsstruktur geben“.

GÜNTER BLANK